

zweitenmal in seiner Präsidentschaft einen konservativen Premier ernennen. Die Sozialistische Partei sei „ohne Saft“, sie habe sich an ihren eigenen Prinzipien versündigt, lästert Brice Lalonde, ehemals Umweltminister in der Links-Regierung und ein Vertrauter des Staatschefs.

Die Öko-Parteien, unverbraucht und nicht verantwortlich für Korruption und Rezession, hoffen zum „Katalysator einer neuen demokratischen Partei“ zu werden. 1974 waren die Umweltschützer erst auf 336 000 Stimmen gekommen; 1981 erreichte Präsidentschaftskandidat Lalonde schon 1 126 254 Stimmen. Bei den Europawahlen 1989 wählten 10,6 Prozent die Öko-Vertreter, bei den Regionalwahlen im März dieses Jahres waren es bereits 13,9 Prozent (3,4 Millionen Wähler).

Jahrelang hatten viele Franzosen die deutschen Grünen als weltfremde Waldläufer belächelt. Noch immer zweifeln sie kaum am Sinn ihrer Kernenergie; selbst Lalonde verlangt nicht den Ausstieg, sondern die Erhaltung des atomaren Status quo. Aber unübersehbar schärft sich das grüne Bewusstsein in anderen Bereichen: Der Widerstand wächst gegen neue Trassen für den Hochgeschwindigkeitszug TGV, gegen die Lagerung von deutschem Müll oder den Transport von nuklearen Brennstoffen und Abfällen nach Japan.

Die Sozialisten reagierten zu spät auf den Trend. Der Premierminister ernannte zwar eine kluge Frau zur Umweltministerin, Ségolène Royal, Mutter von vier Kindern. Aber auch diese Kabinettsumbildung nutzte nichts, die Ökologen sind zu einer ernsten Konkurrenz herangewachsen.

Vergebens hatten die Grünen über Jahre verlangt, das Mehrheits- durch das Verhältniswahlrecht zu ersetzen. Nur so schien ihnen der Einzug ins Parlament möglich. Doch Mitterrand entschied sich am Ende gegen eine Reform.

Nun bleibt den Regierenden nur noch eine Hoffnung, den Aufwärtstrend der Umweltparteien zu stoppen: der Streit der Öko-Aktivisten untereinander. Bei ihrer letzten Parteitagung konnten sich Les Vets nicht über die Wahl eines Nationalen Sekretärs einigen, eine der wichtigsten Führungspositionen der Partei. Uneinig ist die Öko-Bewegung auch nach wie vor, welchem ihrer beiden Führer sie letztlich folgen soll. Sowohl Lalonde wie Waechter möchten als Kandidat der Öko-Bewegung in die Präsidentschaftswahl um die Nachfolge Mitterrands gehen.

Die Debatte auch darüber wurde vertagt. Kaum hatten die Umweltschützer ihren Wahlpakt unterzeichnet, erklärte Waechter: „Dies ist kein Ehevertrag“, sondern nur eine „Entente“.

Japan

Notbremse in Tokio

Auch Japan schottet sich gegen illegale Einwanderer ab. Betroffen sind vor allem iranische Händler und Bauarbeiter.

Ohne Drängeln und Schubsen ist in den engen Ladenstraßen rund um den Bahnhof Ueno, einem der belebtesten Verkehrsknotenpunkte Tokios, kein Durchkommen. Straßenverkäufer haben es schwer, auf sich aufmerksam zu machen; manches Geschäft



Iranische Zuwanderer in Tokio
In die Unterklasse abgedrängt

wird eingeleitet mit einem kräftigen Knuff in die Seite von Passanten.

„Telefonkarten – zum halben Preis“, sagt ein hochgewachsener Mann und hält dem Kunden einen Stapel mit über hundert Plastikkarten hin. Auf dem kurzen Straßenstück bemühen sich an die 20 Männer, Discount-Telefonkarten zu verschern. Es sind – und das überrascht nicht nur Ausländer aus Europa, sondern noch mehr die Tokioter selbst – Pakistaner und Iraner, die sich im Großraum Tokio als fliegende Händler betätigen.

Der Ueno-Park ist ein Familienausflugziel. Es gibt einen Zoo, mehrere Museen, eine Promenade mit Straßenkünstlern und fliegende Händler, die

billigen Krimskrams anbieten. Sonntags wird der Zugang immer beschwerlicher: Auf den Stufen der weitgeschwungenen Treppe, die zum Park führt, stehen schon wieder die Männer aus dem Iran und aus Pakistan, und das zu Hunderten.

Das allwöchentliche Treffen dient vor allem der Arbeitsvermittlung; eine weitere Job-Börse liegt im Westen Tokios, im Yoyogi-Park – auch der ein Aufmarschraum für ambulante Händler aus dem Land der Pistazien und Perserteppiche. Mehr als 2000 Iraner bevölkern sonntags den Yoyogi-Park, scheuen aber, trotz dieser unübersehbaren Präsenz, die Öffentlichkeit. Auf keinen Fall mögen sie fotografiert werden, und sei es auch nur von kichernnden Schulkindern. „Das macht uns nervös“, meint ein

Straßenhändler aus Teheran, der im Ueno-Park Selbstgestricktes seiner Freundin feilbietet.

Die Nervosität ist verständlich. Denn die meisten Iraner halten sich illegal in Japan auf; nicht einmal die Einwanderungsbehörde hat eine Vorstellung, wie viele es sind. Schätzungen reichen bis zu 50 000.

Im günstigsten Fall droht Nippons blinden Passagieren sofortige Abschiebung in die Heimat, unter Umständen sogar Gefängnishaft. Doch die Polizei hält sich zurück und beschränkt sich auf gelegentliche Kleinrazzien.

Ein Grund dafür, den Fremden nicht so streng nachzustellen, liegt in einer Notlage, in der sich die Behör-

den befinden: Die Sammelunterkünfte für Abschiebekandidaten sind überfüllt. Außerdem will Tokio es nicht mit Teheran verderben: Iran ist einer der größten Rohölieferanten und als Abnehmer japanischer Produkte interessant.

Grundsätzlich sind sich Japans Politiker und Bürokraten einig: je weniger Ausländer, desto besser. Nur Spezialisten bestimmter Berufe dürfen auf ein Arbeitsvisum hoffen, ungelernte Arbeiter haben keine Chance.

Japans Reichtum ist ein unwiderstehlicher Magnet für die Armen Asiens. Zu Zehntausenden kommen sie von den Philippinen, aus Malaysia, Thailand und Pakistan als Touristen

ins gelobte Land des aufgehenden Yen. Sie verdingen sich als Handlanger und verrichten die schmutzigsten und gefährlichsten Jobs.

Gerade bei den Ungelernten – Hilfsarbeitern auf dem Bau, Dockarbeitern und Straßenkehrern – herrscht akuter Arbeitskräftemangel. Ende August meldete das Justizministerium in Tokio, daß sich in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 278 892 Ausländer illegal in Japan aufhielten, gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 74,5 Prozent.

Iraner stellen nach den Thailändern die zweitgrößte Gruppe der ungebeten Gäste – genau, meint das Ministerium zu wissen, sind es 40 001.

Noch 1988 gab es, so das Justizministerium, keinen einzigen Gastarbeiter aus dem Iran in Japan. Dann, nach dem Golfkrieg, begann die Zuwanderung. Zehntausende Iraner strömten ins vermeintliche Dorado des japanischen Inselreichs. Zweimal wöchentlich fliegt ein Iran-Air-Jumbo von Teheran nach Tokio, bis zu vier Monate im voraus waren die Maschinen ausgebucht.

Vergangen April zog die Regierung in Tokio schließlich die Notbremse: Sie setzte das Abkommen über den visafreien Verkehr mit Teheran auf „unbestimmte Zeit“ außer Kraft.

Wer nunmehr als iranischer Tourist einreisen möchte, muß einen Rückflugschein vorweisen und dazu genügend Barmittel samt einer nachprüfbaren Bleibe. Geändert aber hat das dennoch wenig. Denn längst haben straff organisierte pakistanische Schlepperbanden sich des Markts bemächtigt. Gefälschte Visa kosten derzeit rund 600 Dollar; Arbeitsvermittlung ist für 1000 Dollar pro Iraner zu haben.

Das hat die Illegalen aus Teheran und anderen iranischen Städten in Japan an den untersten Rand der Gesellschaft gedrückt – selbst unter den Ausgebeuteten sind sie Menschen zweiter Klasse. Wo Pakistaner auf dem Bau 1000 Yen pro Stunde plus Bonus und Überstunden einstreichen, kommen Iraner bestenfalls auf 800 Yen – Extras ausgeschlossen.

„Die größte Mitgift seit Kleopatra“

SPIEGEL-Redakteur Tiziano Terzani über die Geldmaschine Hongkong

Wenn es irgendwo auf der Welt nach Geld riecht, dann nachts in dieser Stadt mit ihren hellerleuchteten Wolkenkratzern. Den funkelnden Limousinen entsteigen Männer im Smoking und Frauen in bizarren Abendkleidern. Sie steuern auf die Marmortreppen der edlen Hotels zu. Es ist Freitagnacht und die Zeit der Wohltätigkeitsgalas. Die Lichter von mehreren hundert Booten flimmern über dem Wasser des „duftenden Hafens“ – Hongkong.

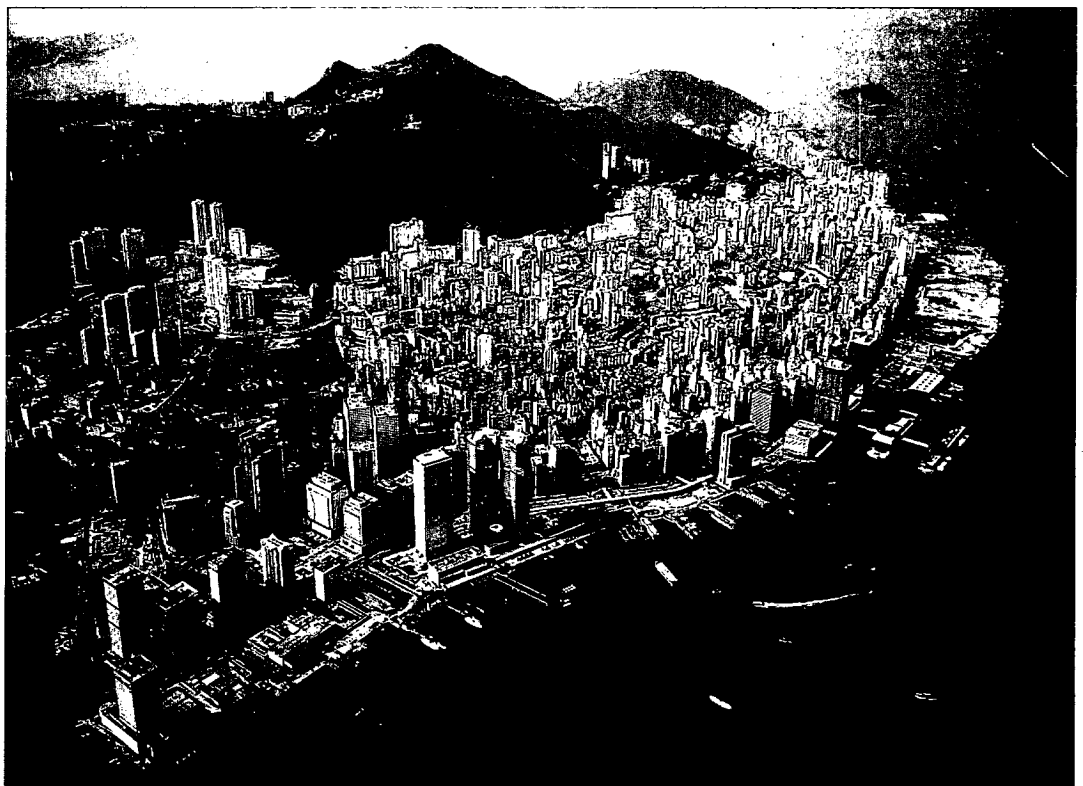
Im 13. Stock des finsternen alten Gebäudes der Bank of China, die jahrzehntelang als unerschütterliche Bastion des Kommunismus galt, weil nur hier in der britischen Kolonie die rote Flagge gehißt wurde, lassen sich ausgewanderte Geschäftsleute und chinesische Funktionäre zum Dinner nieder. Die Kellner im neuen, von eleganter Dekadenz geprägten China Club tragen Mao-Anzüge.

Ein örtlicher Unternehmer hat den oberen Teil des Gebäudes von den Pe-

kinger Behörden gemietet und im Stil des vorkommunistischen Schanghai eingerichtet. Die dreißiger Jahre werden beschworen, und zwischen Porträts des Großen Vorsitzenden Mao hängen Bilder nackter Frauen; einen Stock höher stehen für Klubmitglieder Separees mit rotem Teppich, bequemen Sofas und Badezimmer zur Verfügung – für „mit-tägliche Privatspiele“, wie es heißt.

„Drei Dinge beherrschen jetzt diese Stadt“, sagt ein junger Hongkong-Chinese, der mit dicker Zigarre in einem Ledersessel der Klubbibliothek lümmelt: „Geld, Geld und noch mal Geld.“ Der Großteil des Geldes, das nach Hongkong fließt, ist „made in China“.

Durch die Reformen Deng Xiaopings, die Öffnung Chinas für ausländische Investoren und die Schaffung der Sonderwirtschaftszone Shenzhen ist die britische Kolonie Hongkong das wichtigste Tor zur chinesischen Festung geworden. Hongkong ist die Ausstellungshalle der chinesischen Wirtschaft und



Britische Kronkolonie Hongkong: Tor zur chinesischen Festung